

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Karin Leukefeld, Damaskus

02.01.2021

Spannungen im Persischen Golf

USA und Israel erhöhen vor Jahrestag der Ermordung Soleimanis demonstrativ Druck auf Iran

Zum Jahreswechsel haben die USA und Israel politisch, wirtschaftlich und militärisch ihren Ton gegen den Iran verschärft. Washington warnte Teheran vor Vergeltungsschlägen für den Mord an dem hochrangigen General Kassem Soleimani vor einem Jahr, gleichgültig ob im Irak oder andernorts in der Region. Der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Said Katibsade, erklärte hingegen, die Verantwortung läge bei den USA. Der russische Botschafter in Tel Aviv sagte, nicht der Iran, sondern Israel destabilisiere die Region.

US-Außenminister Michael Pompeo nutzt seine letzten Amtstage, um weitere Sanktionen gegen den Iran und Partner des Landes zu verhängen. Nur wenige Tage vor dem Jahrestag des Mordanschlags passierte das U-Boot »USS Georgia« in Begleitung weiterer US-Kriegsschiffe demonstrativ die Straße von Hormus im Persischen Golf. Die Entsendung der Schiffe solle den »Schutz der regionalen Sicherheit« gewährleisten, hieß es in einer Erklärung. Die 5. US-Flotte ist in Bahrain stationiert und für mögliche Kampfeinsätze im Persischen Golf, im Arabischen Meer und Indischen Ozean zuständig.

Am Mittwoch teilte das US-Zentralkommando (Centcom) mit, dass ein »B-52 Stratofortress«-Bomber über den Persischen Golf geflogen sei, »um mögliche Gegner abzuschrecken«. Centcom verfügt auch über eine Kommandobasis auf dem Al-Udeid-Luftwaffenstützpunkt in Katar, von wo aus Angriffe im Irak, Syrien und Afghanistan gesteuert werden. Sollte auch nur »ein Amerikaner« getötet werden, werde der Iran zur

Rechenschaft gezogen, schrieb der amtierende US-Präsident Donald Trump bereits am 23. Dezember auf dem Kurznachrichtendienst Twitter.

Israel schickte am 19. Dezember ein U-Boot durch den Suezkanal. Die israelische Marine hatte Anfang des Monats das erste von insgesamt vier der in der BRD gebauten U-Boote der Dolphin-Klasse aus der deutschen Waffenschmiede Thyssen-Krupp erhalten. Der Oberkommandierende der israelischen Streitkräfte, Generalleutnant Aviv Kochavi, sprach beim Empfang des Schiffes von »einer der modernsten Kriegswaffen der Welt«.

Die Gesamtkosten für das Kriegsgerät »Made in Germany« werden mit 1,5 Milliarden Euro beziffert. Die Bundesregierung übernimmt davon 25 Prozent. In Deutschland wird die Lieferung der U-Boote in das Kriegs- und Krisengebiet um Israel von der linken Opposition und der Friedensbewegung scharf, aber bisher ergebnislos kritisiert. Die israelische Staatsanwaltschaft hat im Zusammenhang mit dem Deal wegen Bestechung, Geldwäsche und Betrug Anklage gegen Personen aus dem Umfeld von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu erhoben.

Mit ungewohnt klaren Worten kritisierte der russische Botschafter in Tel Aviv die israelische Politik in der Region. In einem am 8. Dezember von der Tageszeitung Jerusalem Post online veröffentlichten Interview sagte Botschafter Anatoli Wiktorow, nicht der Iran sei das Problem im Mittleren Osten, sondern die Tatsache, dass Israel »UN-Resolutionen zum israelisch-arabischen und zum israelisch-palästinensischen Konflikt« nicht einhalte. Hinzu käme eine »mangelnde Verständigung zwischen den Staaten«.

Unter Verweis auf die vielen Angriffe Israels gegen das Nachbarland Syrien erklärte der Botschafter, Israel müsse aufhören, souveräne UN-Mitgliedstaaten zu bombardieren. Zu dem Hinweis, Israel informiere Russland vor jedem Angriff, erklärte Wiktorow, es gehe bei der russisch-israelischen Koordination um die Sicherheit der russischen Truppen in Syrien. Gleichwohl »stimmen wir auf keinen Fall den israelischen Angriffen auf Syrien zu. Das haben wir in der Vergangenheit nie getan und werden es auch nie in der Zukunft tun«. Der Botschafter wiederholte das Angebot Russlands, direkte Verhandlungen zwischen den Palästinensern und Israel in Moskau zu organisieren. Die palästinensische Frage dürfe nicht übergangen werden, denn ohne ein Abkommen werde der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern nicht nur für die Staaten und Völker der Region, sondern »weltweit Unruhe bedeuten«.